

Schulpolitik in NRW

*Beschluss des 32. NRW-Tages
vom 4. Mai 2002 in Bergisch Gladbach*



✉ Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf,
🏠 Kavalleriestr. 6, 40213 Düsseldorf
☎ (02 11) 13 6 00-47 bis -51
📠 (02 11) 1 36 00-52
💻 <http://www.ju-nrw.de>
✉ info@ju-nrw.de

Schulpolitik in NRW

Die Ergebnisse der Lernleistungsstudie "PISA" (Programme for International Students Assessment) haben uns vor Augen geführt, dass Schüler in Deutschland im internationalen Vergleich weit abgeschlagen sind. Deutschland belegte nur den 25. Platz unter 32 Teilnehmerländern und lag deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.

Die PISA - Studie hat gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf im Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland besteht. „Für die Junge Union NRW ergeben sich ergänzend zum „Petersberger Modell“ folgende, notwendige Forderungen:“

1. Organisationsmaßnahmen

- Die selbstständige Schule für die Kommunen

Die selbstständige Schule ermöglicht der jeweiligen Schule durch freie Verfügung der Haushaltsmittel ihre Personalpolitik sowie den Bedarf an Gebäuden und Material eigenständig zu koordinieren. Die Handlungskompetenz liegt im Zuständigkeitsbereich der Schule und somit ist auch eine individuelle und flexible Gestaltung des Schul- und Bildungsbereichs vor Ort gegeben.

- Zeitgemäßen Unterricht ermöglichen

In den heutigen Schulen springt uns der Charme der 70er und 80er Jahre förmlich ins Auge. An allen Schulen sind die Anforderungen an zukünftige Ausbildungsinhalte, Gestaltungsformen des Unterrichts, sowie die Ausbildungsvermittlung zu berücksichtigen. In unseren heutigen Schulgebäuden und Klassenzimmern ist dies nicht mehr möglich. Zu den heutigen Arbeitsmitteln gehört auch sicherlich ein Computer, wenn nicht sogar mehr. Diese Anforderungen müssen stets überprüft werden, wie selbst die Unterrichtsgestaltung durch Lehrer.

2. "Lehrerreform"

- Ausweitung des Schulpraktischen Studiums

Praktische Erfahrungen sammelt ein angehender Lehrer zu wenig und zu spät. Zu spät, um sich noch für einen anderen Beruf bzw. ein anderes Studium zu entscheiden und zu wenig, um genügend Erfahrungen für das Referendariat zu sammeln. Deswegen müssen Lehramtsstudenten zukünftig schon im Grundstudium vielfältige Möglichkeiten haben, zu unterrichten um so Erfahrungen zu sammeln.

- Rechtsgrundlagen vermitteln

Es lässt sich häufig beobachten, dass Lehrer mit der Anwendung disziplinarischer Maßnahmen und sogar der Notengebung überfordert sind, da sie die damit

verbundenen Rechtsgrundlagen nicht kennen. Deswegen muss das Studium auch einen Leistungsnachweis für die Grundlagen im Schulrecht beinhalten.

- Mehr pädagogische und didaktische Ausbildung

Es lässt sich häufig beobachten, dass ein Lehrer es nicht schafft, sich in einer unruhigen Klasse durchzusetzen und Gehör zu verschaffen. Aus den sich daraus ergebenden Motivationsproblemen ist für Schüler und Lehrer ein zufriedenstellendes Ergebnis nicht zu erreichen. Deswegen müssen die notwendigen pädagogischen und didaktischen Fähigkeiten in der Lehrerausbildung stärker als bisher berücksichtigt werden.

- Verpflichtung zu Fort- und Weiterbildungen des Lehrpersonals

Nur wenige Lehrer nehmen die Angebote zu Fort- und Weiterbildungen wahr, in deren Rahmen sie ihren Unterricht den neuen Lehrplänen und Erkenntnissen anpassen können. Die Bildungsmaßnahmen könnten in Schulferien oder an Wochenenden genutzt werden. Generell sollten Lehrer in zeitlichen Intervallen zur Teilnahme verpflichtet werden. Dies soll jedoch im bisherigen zeitlichen Rahmen bestehen bleiben, so dass die Regelstudienzeit nicht künstlich verlängert wird.

- Nachhaltige Erziehungsmaßnahmen

Bei verhaltensauffälligen Schülern wird häufig die Abwesenheit in Kauf genommen um weniger Schwierigkeiten mit dem Fortlauf des Unterrichts zu haben. Nachhaltige Erziehung kann jedoch nur durch intensives Beschäftigen, auch mit "schwierigen" Schülern erreicht werden. Die jetzigen rechtlichen Grundlagen müssen im Rahmen der Dienstaufsicht der Direktoren auch umgesetzt werden; disziplinarische Maßnahmen sollten ferner auch transparent und nachvollziehbar sein.

- Motivationssteigerung durch leistungsorientierte Ansätze in der Besoldung

Lösungsansätze für Leistungszulagen sind zu entwickeln. Im Vordergrund soll aber die bestmögliche Unterrichtung der Schüler stehen. Eine Erfolgsquote der zu versetzenden Schüler darf keine Beurteilungsrichtlinie sein. Stattdessen sollte außerunterrichtliches Engagement angemessen berücksichtigt werden.

3. Deutsch als Grundlage jeglicher Bildung

- Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts.

Um Kindern von Immigranten eine vollständige gesellschaftliche und berufliche Integration zu gewährleisten, ist es unabdingbar, das Erlernen der deutschen Sprache als oberste Priorität anzusehen. In den meisten Familien wird zu Hause die Muttersprache gesprochen, dadurch bleibt diese erhalten und braucht nicht als Unterrichtseinheit angeboten werden. Viel wichtiger ist es, den Kindern eine intensive Möglichkeit anzubieten, Deutsch in Sprache und Schrift zu erlernen. Erst wenn die Kinder eine Chance haben Deutsch als Alternative zu sprechen, kann dies zu einer vollständigen Integration führen.

- Deutsch als Voraussetzung für die Einschulung

Bereits vor der Einschulung sind Deutsch-Feststellungstests nicht nur für Immigrantenkinder durchzuführen, um zu gewährleisten, dass jedes Kind dem Unterricht folgen kann. Bei nicht ausreichenden Deutschkenntnissen ist von einer Einschulung grundsätzlich abzusehen. Stattdessen wären außerschulische Deutschkurse durch die Kommune sicherzustellen. Des Weiteren sollen auch Förderklassen in den Grundschulen zur Verfügung stehen, um die vorhandenen Kenntnisse auszubauen und damit die entsprechende Grundlage zur

Wissensaufnahme zu sichern. Auch für ausländische Seiteneinsteiger (gleich ob Primär- oder Sekundarstufe) darf keine Einschulung ohne die notwendigsten Deutschkenntnisse in Betracht kommen.

4. Die Primarstufe

- Kindergärten und Kindertagesstätten als Anfang der Bildung

Bereits vor der Einschulung sollten Kinder in Kindergärten und –tagesstätten "Lernen" lernen. Der Kindergarten sollte seinen Bildungsauftrag somit wahrnehmen und die Neugier der Kinder nutzen und anregen.

- Einschulung mit 5 Jahren

Die Einschulung muss ebenso wie in den meisten anderen Ländern bereits im Alter von 5 oder maximal 6 Jahren erfolgen, denn in diesem Alter fällt es den Kindern leichter, neues Wissen aufzunehmen.

- Zentrale Abschlussprüfungen nach der 4. Klasse

Jeder Schüler bzw. dessen Eltern bekommen nach der vierten Klasse eine schriftliche Eignungsempfehlung des Klassenlehrers, welche Schulform diesem am geeignetsten erscheint. Bei der Wahl der weiterführenden Schule fällt diese Beurteilung jedoch nur selten ins Gewicht. Deswegen sind nach der 4. Klasse Leistungstests durchzuführen, deren Ergebnis über die zukünftige Schule entscheidet. Sollten Eltern eine von diesem Ergebnis abweichende Schulform wählen wollen, so ist an dieser ein Aufnahmetest abzulegen.

- Englisch als Fremdsprache ab der 2. Klasse spielerisch einführen

Zukünftig wird die Weltsprache Englisch noch wichtiger sein, als sie es ohnehin schon ist. Deswegen müssen Schüler schon früh mit dieser Sprache vertraut sein. In der ersten Klasse wäre dies jedoch zu früh, da die Kinder sich hier ganz auf die deutsche Sprache konzentrieren sollen. Sie ist deswegen in der zweiten Klasse spielerisch einzuführen.

- Integrative Arbeit an Schulen, als Fortführung der integrativen Kindergärten

Die Zusammenführung behinderter und nicht-behinderter Menschen zu einem gemeinsamen Unterricht ist aus unserer Sicht auch Teil unseres Gesellschaftsverständnisses. Die erfolgreiche Arbeit an Kindergärten, in Jugendhäusern und anderen Bereichen soll auch auf die Schulen ausgeweitet werden. Für die notwendigen Haushaltsmittel zur Realisierung der integrativen Arbeit sollen die vorhandenen Sonderzuwendungen aufgestockt werden.

5. Nachschulische Betreuung in Grundschulen

- Einheitliche, flexible und übersichtliche nachschulische Betreuung

Der strukturelle Wandel von der Industrie- zur Wissens- und Informationsgesellschaft stellt die Familien vor besonders große Herausforderungen. Immer häufiger müssen beide Elternteile für das Familieneinkommen Sorge tragen. Somit können sie nicht mehr die notwendige Zeit aufbringen, ihre Kinder nach der Schule zu betreuen. Einheitliche Programme bedeuten bessere Arbeitsmöglichkeiten für Betreuer und Kinder.

- Zusammenarbeit zwischen Betreuungspersonal und dem Lehrkörper

Das qualifizierte und mit den sozialen Umständen vertraute Betreuungspersonal muss eng mit dem Lehrkörper der Schule zusammenarbeiten. Denn nur dann können die Betreuer durch interne Gespräche, Konferenzen etc. mit dem Lehrerkollegium auf aktuelle Schwächen und Probleme der Kinder - z. B. bei der Hausaufgabenbetreuung - deutlich besser eingehen.

- Förderung von Elterninitiativen, Vereinen und Verbänden

Die Grundsätzliche Finanzierung der Organisation und Verwaltung erfolgt aus öffentlicher Hand, respektive durch die Länder. Durch einheitliche Förderprogramme ist es für die Schulen, Eltern und Schüler sehr viel einfacher, eine transparente Leistungsübersicht zu erhalten. Außerdem sind Privat- oder Elterninitiativen sowie Verbände, deren Einrichtungen den Anforderungen entsprechen, landesrechtlich zu fördern. Ein angemessener Eigenanteil ist unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten anzupassen.

6. Die Sekundarstufe

- Umwandlung von Halbtags- in Ganztagschulen fördern

Durch die Schaffung von Ganztagschulen werden viele Betreuungsprogramme, die deutlich kostenintensiver als integrierte nachschulische Betreuungen sind, überflüssig und somit wird die Qualität und damit auch der Ausbildungsstand verbessert. Es sollte jedoch den Jugendlichen nicht zuviel Zeit verplant und den Eltern nicht zuviel Zeit vorab von ihrem Erziehungsauftrag abgenommen werden.

- Individuelle Verhaltensmuster auf Zeugnissen festhalten

Bei der Notengebung in einzelnen Fächern werden auch andere Fertigkeiten und Verhaltensmuster, wie z.B. Fleiß, Betragen, Pünktlichkeit, Aufmerksamkeit, Teamfähigkeit und Umgangsformen berücksichtigt. Dadurch wird die eigentliche Leistung durch die Note nur getrübt wiedergespiegelt. Andere Fähigkeiten und individuelle Verhaltensweisen sind deswegen zum Ausdruck der Persönlichkeit auf jedem Zeugnis getrennt anzuführen.

- Zentralabitur nach 12 Schuljahren.

Ein Zentralabitur garantiert eine bessere Vergleichbarkeit der einzelnen Schulen und auch der Bundesländer untereinander. Damit steigen unweigerlich auch Ansehen und Wert eines Abschlusses. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass der zu vermittelnde Stoff ebenso auch in kürzerer Zeit zu bewältigen ist, da zudem auch unwichtiges und zu tief gehendes Fachwissen ausgelassen werden kann. Deswegen ist die gymnasiale Oberstufe künftig auf 2 Jahre zu verkürzen.

Die JUNGE UNION fordert außerdem eine transparente und einheitliche Schul- und Bildungspolitik in allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland!